

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007
in Oschatz

Beschlüsse



Landesdelegiertenkonferenz
der Jusos Sachsen

Oschatz, 06.-07. Oktober 2007

**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007
in Oschatz**

Antrag Nr.	Thema	Seite
A 1	Arbeitsprogramm: Inhaltliches Rahmenthema für die Legislatur 2007-2009	2
A 2	Leitantrag: Mehr Sozialismus wagen“	11
O 1	LVV statt LDK	14
O 2	Grundmandate	15
O 3	Quo vadis Jusos Sachsen?	16
O 7	Umgang mit der Partei „Die Linke“	17
I 1	CDU stoppen - Abbau von Freiheitsrechten verhindern	18
I 2	Wehrpflicht abschaffen	19
I 4	Unterstützung des Aufrufs „NPD-Verbot jetzt!“	20
I 5	Ohne Alkohol am Steuer – Generelles Alkoholverbot im Straßenverkehr durchsetzen	21
I 6	Zukunftstauglich Wählen: Mit Zettel und Stift!	22
SW 1	Tariftreuegesetz für Sachsen	23
SW 2	Stoppt die Bahnprivatisierung	24
SW 5	Unterstützung der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens	25
SW 6	Keine Abschaffung des Briefmonopols zum 01.01.2008	26
IA 1	Nicht nur Abnicken - Programmdebatte zu Ende führen!	27
IA 2	Am 12.10. Gegendemo zur NPD-Demo in Plauen unterstützen	29
B 1	Für einheitliche Bildungsstandards!	30
B 3	Erste Hilfe in die Schule tragen	31
B 8	SozialpädagogInnen an Schulen	32
J 1	Her mit einem besseren Jugendarbeitsschutz!	33
F 1	Schließen von Steuerschlupflöchern – Abschaffung der Nichtveranlagungsbescheinigung	34
G 3	Rauchverbot statt Flickenteppich: für einen starken, bundeseinheitlichen Nichtraucherchutz.	35
G 4	Weg mit falschen Vorurteilen – Blutspende für Homosexuelle erlauben !	36

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007 in Oschatz

**Antrag: A 1 - Arbeitsprogramm Inhaltliches Rahmenthema für die Legislatur
2007-2009**

Wie schon für das laufende Jahr angedacht wird die inhaltliche Hauptarbeit des Landesverbandes im Jahr 2008 unter das Rahmenthema „Migration“ gestellt. Hiermit soll der Versuch unternommen werden, die inhaltliche Arbeit des Landesverbandes, der Unterbezirke und der Arbeitskreise thematisch zu verzahnen. Folglich wird allen Gremien des Landesverbandes und der Unterbezirke die Möglichkeit gegeben, sich konzeptionell, inhaltlich und politisch-strategisch einem gemeinsamen Thema zu nähern und der inhaltlichen Arbeit der sächsischen Jusos für einen gewissen Zeitraum eine thematische Klammer zu geben. Der Landesverband wird die beteiligten Gliederungen organisatorisch und materiell bei der Zusammenarbeit unterstützen.

Um allen interessierten Verbandsteilen die Möglichkeit zu geben, sich mit dem Rahmenthema „Migration“ auf individuelle Weise auseinander zu setzen, wird ein sehr weitgefass-tes Begriffsverständnis zugrunde gelegt. Demnach bedeutet für uns Migration „Bewegung“ bzw. „Mobilität“. Diese Bewegung / Mobilität können wir auf die horizontale und vertikale Perspektive unserer Gesellschaft anwenden. Dabei handelt es sich im Falle der horizontalen Mobilität bspw. um die Frage der Integration von Menschen, die keine deutsche StaatsbürgerInnenschaft besitzen und um die Frage nach den Beweggründen von Migration (politische Verfolgung, Umweltkatastrophen, Lebenschancen etc.). Darüber hinaus kann es sich bei horizontaler Migration auch um Binnenmigration im deutschen / europäischen Kontext handeln. Auch hier sind die Gründe vielfältig.

Dem gegenüber bezieht sich die vertikale Mobilität in unserer Gesellschaft auf die Frage, wie durchlässig die soziale Struktur unser gesellschaftlichen Klassen / Schichten / Milieus sind. Damit eng verbunden ist die Frage nach den Ursachen und Folgen von Armut und Reichtum und wie erstere abgebaut und letzterer gerecht verteilt werden können. Dies ist umso prekärer in einem gesellschaftlichen Zustand, in dem sich die Alterstruktur radikal ändert, ohne dass sich die gesellschaftlichen Systeme der sozialen Sicherung bisher darauf eingestellt haben. Somit spielen Schlagworte wie Barrierefreiheit, Flexibilität, Integration, Lebenschancen, Armut / Reichtum, Arbeitsbild, lebensbegleitendes Lernen und Stadt/Raumentwicklung die thematischen Eckpunkte, an denen wir uns orientieren und dem gesamten Landesverband einen inhaltlichen Rahmen anbieten wollen.

Inhaltliche Arbeit und Foren

Frauenförderung und Gleichstellung

Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband, um diese Worte jedoch ständig mit Leben zu füllen ist noch sehr viel zu tun. Dass dem so ist, lässt sich unter anderem an der Zahl von Frauen im Verband im Allgemeinen und in Führungspositionen im Speziellen erkennen.

Antisexismus und geschlechtergerechte Sprache:

Wir Jusos Sachsen werden auch in Zukunft Sexismus in der Gesellschaft und im eigenen Verband deutlich widersprechen. Dazu achten wir in unserer Kommunikation und in unseren Publikationen auf geschlechtergerechte Sprache, also geschlechtsneutrale Bezeichnungen oder die Nennung beider Geschlechter. Zudem werden wir in geeigneter Form Materialien zur Verfügung stellen, die das Thema Sexismus und unsere ablehnende Positionierung darstellen.

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007 in Oschatz

Frauenförderung im Landesverband:

Eine Aufgabe des Landesvorstandes ist es, kontinuierlich für die Förderung junger engagierter Frauen zu sorgen, um sie für eine aktive Mitarbeit bei den Jusos zu begeistern und sie im zweiten Schritt auch zur Übernahme von Verantwortung zu motivieren. Dazu werden wir verschiedene Maßnahmen ergreifen: Bei Seminaren bleibt die Quotierung Bedingung. Der Landesverband wird ein Konzept eines Mentoring-Programmes zur Verfügung stellen und unter der Voraussetzung, dass dies umsetzbar ist, ein eigenes durchführen.

Starke Frauen als Vorbilder motivieren auch junge Frauen zur Mitarbeit, deshalb werden wir darauf achten, dass Seminare von gemischt geschlechtlichen Teams moderiert werden und unser Verband (zum Beispiel in Publikationen) von Männern und Frauen repräsentiert wird. Klischeebilder werden dabei natürlich nicht bedient.

Autonome Frauenarbeit kann ein Weg sein, Frauen stärker an den Verband zu binden und das Thema der Geschlechtergerechtigkeit stärker zu thematisieren, deshalb werden wir in Zukunft einen E-Mail-Verteiler von interessierten Frauen einrichten und bei Bedarf ein Treffen von an einer kontinuierlichen Frauenarbeit interessierten Frauen ermöglichen.

Frauenförderung in den Unterbezirken:

Die Zahlen des Gleichstellungsberichtes zeigen deutlich, dass auch in einem ländlich geprägtem Gebiet eine Erhöhung des Frauenanteils möglich ist. Zur Unterstützung der Unterbezirke im Bereich der Frauenförderung und Ansprache junger Frauen entwickelt der Landesvorstand deshalb in Zusammenarbeit mit den Unterbezirken ein Konzept.

Gleichstellungspolitik im Landesverband:

Gleichstellung bedeutet weit mehr als die Förderung von Frauen. Wir wollen, dass auch Männer ihren Anteil an der Umsetzung der Geschlechtergerechtigkeit bei den Jusos und in der Gesellschaft leisten und fordern alle Jusos auf sich aktiv in die Debatte einzubringen und eigenes Handeln und Denken zu reflektieren.

Um eine Ansprechperson für die Frage der Geschlechtergerechtigkeit für den Verband zu haben und einen Menschen der/die die Landesverbandsarbeit hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Geschlechterverhältnis kontrolliert, bestimmt der Landesvorstand einen oder eine Gleichstellungsbeauftragte/n. Der/die Gleichstellungsbeauftragte wird dem Verband regelmäßig mittels Gleichstellungsberichten über den Stand der Gleichstellung im Verband informieren.

Gleichstellungspolitik ist mehr als gleiche Chancen von Männern und Frauen (sexes) zu erkämpfen, es geht auch um die Gleichstellung verschiedener sozialer Geschlechter (gender), sowie um die Gleichstellung von Menschen verschiedener sexueller Orientierung.

Dieses Themenfeld wird der Landesvorstand in der kommenden Legislatur verstärkt in den Blick nehmen, er fordert seine Mitglieder auf, die eigenen Rollenvorstellungen kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls auch zu verändern.

Viele Initiativen und Verbände engagieren sich im Bereich der Gleichstellung, mit ihnen, insbesondere den SPD-eigenen, ASF und Schwusos, aber auch anderen Initiativen und Verbänden wollen wir in Zukunft (noch) enger zusammen arbeiten. Und fordern unsere Mitgliedschaft auf, sich ebenfalls in der ASF und bei den Schwusos zu engagieren.

Theoretische Auseinandersetzung:

Die Frage der Geschlechtergerechtigkeit und Geschlechterforschung sind hochkomplexe Themen. Wenn wir die Gesellschaft auf diesem Feld verändern wollen, müssen wir uns auch theoretisch damit auseinandersetzen, dies wollen wir in einem Seminar zum Thema Gleichstellung tun.

Weitere Anregungen für unsere Arbeit entnehmen wir dem in Chemnitz verabschiedeten Leittrag, der für uns weiter Bestand hat und unsere Ziele im Bereich Gleichstellung der Geschlechter sehr deutlich formuliert.

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007 in Oschatz

Landesarbeitskreise

Die Landesarbeitskreise (LAKs) sind und bleiben die inhaltliche Stütze des sächsischen Juso-Landesverbands. Dies soll so bleiben, darf aber nicht als selbstverständlich angesehen werden. Auch bei einem Selbstverständnis der LAKs als autonom agierende Gruppen zu einem bestimmten Themenbereich, soll das Wechselspiel zwischen Landesverband bzw. -vorstand und Landesarbeitskreisen intensiviert werden.

Denn die LAKs brauchen weiterhin die Unterstützung und Anerkennung des Landesvorstandes, der stärker als bisher die inhaltliche Arbeit koordinieren muss. So werden die Landesarbeitskreis-SprecherInnen weiterhin im Landesvorstand kooptiert sein und können so als beratende Mitglieder ihren Beitrag zur Profilierung und Arbeit einbringen. Zudem sollen die inhaltlichen Positionen über das Rahmenthema, in unseren Medien und über häufigere Foren, stärker kommuniziert werden.

Zwar besteht die Möglichkeit eines jeden Jusos zu einem bestimmten Thema mit anderen Interessierten Landesarbeitskreise zu gründen, doch ist es Ziel deren Arbeitsfähigkeit langfristig zu gewährleisten. Eben weil sie einen der Träger der inhaltlichen Positionierung des Landesverbands darstellen und eine ausgezeichnete Möglichkeit sind, Jusos mit Interesse am Landesverband in diesen zu integrieren, wird der Landesvorstand das Möglichste zur Unterstützung der Landesarbeitskreise tun. Hierzu werden das Angebot an LAK-Wochenenden ausgebaut und diese wieder stärker als Verbandswochenenden zugeschnitten. Dabei sind nicht zuletzt die Unterbezirke in der Pflicht, Werbung für diese Foren der inhaltlichen Arbeit und des innerverbandlichen Diskussionsprozesses zu machen.

Landesarbeitskreis-Wochenenden

Neben Projekten wie der Linken Tour stellen die Landesarbeitskreiswochenenden die beste Möglichkeit dar, Jusos aus strukturschwachen Regionen in den Landesverband zu integrieren und diesen die Möglichkeit an der inhaltlichen Erarbeitung von jungsozialistischen Positionen zu geben. Das Konzept aus einer Mischung an inhaltlicher Arbeit über zwei Tage hinweg, einem samstäglichen gemeinsamen Part mit spannenden Themen und Gästen und einem nicht zu unterschätzenden Socializing-Charakter hat sich bewährt. Daher wird am Konzept der Landesarbeitskreis-Wochenenden festgehalten und soll das Angebot mit den LAK SprecherInnen bei Bedarf auf bis zu drei Wochenenden im Jahr erweitert werden, um allen interessierten Jusos größtmögliche Partizipation am Landesverband zu garantieren.

Die Landesvorstandsmitglieder und die kooptierten Landesarbeitskreis-SprecherInnen werden nicht nur im Vorfeld ihren Beitrag zum organisatorischen Funktionieren der Wochenenden beitragen, sondern auch massiv in den Verband hineinragen, dass die Landesarbeitskreis-Wochenenden DIE Juso-Events schlechthin sind.

Verbandstage

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass sich mit der Mitgliedschaft die Verbandskultur der Jusos in Sachsen gewandelt hat. Die wachsende Zahl von ArbeitnehmerInnen, MultifunktionsträgerInnen und jungen Eltern unter uns verlangt nach anderen - unter anderem kürzeren und gut erreichbaren - Angeboten. Zudem binden die zahlreichen, mehrtägigen Veranstaltungen zunehmend die knappen finanziellen Mittel und personellen Ressourcen des Landesverbandes. Als Konsequenz daraus wollen wir häufiger inhaltliche Impulse durch Verbandstage setzen. Diese sollen den erfolgreichen Beispielen des Energie- und Hochschulkongress, sowie dem Auftakt zur Grundsatzdebatte folgen. Ziel ist es damit ein Angebot auch an Nicht-Mitglieder und Multiplikatoren zu schaffen und inhaltlich stärker nach innen wie nach außen zu wirken.

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007 in Oschatz

Zielgruppenarbeit

SchülerInnengruppen

Der Juso-Landesverband wird in der kommenden Legislatur den Beschluss der LDK 2005 in Görlitz zum Thema „Für Schülerinnengruppen ein Konzept entwickeln“ endlich umsetzen. Nach Erfassung der Juso-SchülerInnen und einer Untersuchung der Grundlagen für die Bildung von SchülerInnengruppen entwickeln wir bis zur LDK 2009 eine Beschlussvorlage, wie SchülerInnengruppen in Sachsen etabliert werden können und wie diese ausgestaltet sein sollen. Dabei stehen die Fragen nach den Strukturen, der Einbindung in den Landesverband und den Vertretungsmöglichkeiten der SchülerInnen auf Landesebene (LDK-Mandate) im Mittelpunkt der Betrachtungen.

Eine innerverbandliche Vertretung von SchülerInnen nach Vorbild der Juso-Hochschulgruppen halten wir für sinnvoll und langfristig notwendig. Zu evaluieren gilt es jedoch in Zusammenarbeit mit dem Landesausschuss, ob augenblicklich die strukturellen Grundlagen vorhanden sind und ob bei den Betroffenen, also den SchülerInnen bei den Jusos, der politische Wille gegeben ist, um Juso-SchülerInnengruppen flächendeckend in Sachsen zu etablieren.

Hochschulgruppen

Der Landesvorstand wird die Arbeit der Juso Hochschulgruppen als offizielle Vertretung der Jusos / SPD an den Hochschulen weiter unterstützen. Vordringliches Ziel ihrer Arbeit als Projektgruppen ist eine gute Zusammenarbeit mit den Studierendenvertretungen vor Ort. Die Akzeptanz der Jusos in diesen Vertretungen soll gesichert werden und auf die politische Meinung in den Hochschulen Einfluss genommen werden.

Die Hochschulgruppen stehen dafür, die Positionen der Jusos im Bereich Hochschul- und Bildungspolitik weiterzuentwickeln. Dabei soll verstärkt beachtet werden, dass diese Inhalte auch in die SPD getragen werden müssen, um tatsächlich Wirkung zu entfalten und durchgesetzt werden zu können. Als stärkste parteinahe politische Gruppierung an den sächsischen Hochschulen ist es unser gemeinsames Ziel, diesen politischen Raum zur Politisierung, Meinungsbildung und Kommunikation zu nutzen.

Neumitglieder

Starterkit und Neujusowochende haben sich für die Neumitgliederbetreuung bewährt. Das Neujusowochenendenkonzept wurde 2007 weiterentwickelt. Die Neujusowochenden werden weiterhin je nach Nachfrage 2 oder 3 mal jährlich stattfinden. Jedes Vorstandsmitglied zeichnet sich dafür verantwortlich, die Neujusowochenden in ihrem/seinem Betreuungs-UB durch persönliche Ansprache zu bewerben. Eine entscheidende Rolle bei der Bewerbung der Angebote des Landesverbandes spielen auch die Unterbezirke und deren Neumitgliederbeauftragten.

Die Anwesenheit von Landesvorstandsmitgliedern und VertreterInnen der Unterbezirke auf den NJW hat sich immer vorteilhaft erwiesen bzw. wurde sogar von den Neumitglieder ausdrücklich gewünscht. Denn der abendliche Part mit Gesprächen, Spielen und der Möglichkeit sich näher kennenzulernen, hat einen hohen Integrationswert und macht einfach Spass. Um auch die inhaltliche Säule des Verbands vorgestellt zu bekommen, hat es sich bewährt, dass auch die LAK-SprecherInnen vor Ort sind und sich und ihre Arbeit vorstellen. Hier besteht das Potential die Neumitglieder sofort für die Arbeitskreise der Jusos Sachsen zu begeistern. Auch in Zukunft sollten die LAK-SprecherInnen ihren festen Part im Programm des Neu-Juso-Wochenende haben und der Landesvorstand sollte alles mögliche tun, um den SprecherInnen die Anwesenheit zu ermöglichen und nur im Einzelfall auf Vorstellungen durch vertretende Jusos zurückgreifen.

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007 in Oschatz

Die Kompetenz, ein Neujusowochende zu teamen, wird immer mehr Jusos in Schulungen vermittelt. Damit bietet der Landesverband auch den Unterbezirken die Möglichkeit, in eigener Regie ihre Neumitglieder im Verband willkommen zu heißen.

Verbandsarbeit Förderung strukturschwacher Gebiete

Vor der Konzeptionierung von Projekten, mit denen landesweit strukturschwache Regionen eingebunden werden sollen, muss als unverzichtbare Basis eine Kommunikation zwischen diesen Unterbezirken und dem Landesvorstand hergestellt werden. Auch wenn es eine fundamentale Aufgabe des Landesausschusses ist, für die Koordinierung und Kommunikation der Unterbezirke untereinander zu sorgen, besitzt doch auch der Landesvorstand ein großes Interesse darin, Arbeit vor Ort zu unterstützen und die strukturschwachen Regionen in den Landesverband zu integrieren. Dazu muss neben der Vernetzung zwischen den Unterbezirken im Landesausschuss mit einem Betreuungskonzept zwischen einzelnen Landesvorstandsmitgliedern und dessen/deren "Betreuungsunterbezirken" eine zweite Säule aufgebaut werden.

Aufgrund infrastruktureller Rahmenbedingungen kann nicht die ständige persönliche Anwesenheit des Landesvorstandsmitglied in seinem Betreuungsunterbezirk die Hauptaufgabe sein, sondern diese/r muss mit Hilfe der vielfältigen modernen Kommunikationsmedien im ständigen Informationsaustausch mit der/dem Vorsitzenden bzw. dem Vorstand des jeweiligen Unterbezirks stehen. Weiterhin sollte jedes Landesvorstandsmitglied die ihm zur Verfügung stehen organisatorischen Kapazitäten nutzen, um Vohaben und Projekte in seiner/m Betreuungsunterbezirk zu unterstützen. Hierbei muss das Rad nicht neu erfunden werden, sondern es kann auf jahrelanges Know-how zurückgegriffen werden.

So haben Unterbezirke die Möglichkeit, unsere Internetseite, Öffentlichkeitsmaterialien und Vorlagen zu nutzen. Um Reibungsverluste zu vermeiden und eine breitere Streuung der Angebote im Landesverband zu erreichen, werden wir die Unterbezirksvorstände in Sachsen aktuell informieren und erwarten im Gegenzug von den Unterbezirken, dass der monatliche Newsletter des Landesverbandes ihre Mitglieder erreicht.

Auf die Linke Tour

Wir werden das Projekt „Auf die Linke Tour“ auch im neuen Landesvorstand weiterhin als Angebot an die Unterbezirke durchführen. In den vergangenen Jahren ist das noch nicht optimal gelungen. Die Unterbezirke sind dazu aufgerufen sich besonders in die Projektidee und an der Durchführung stärker als in der Vergangenheit einzubringen. Anders als bisher soll das Projekt „Auf die Linke Tour“ von den Unterbezirken nachgefragt und nicht vom Landesvorstand den UB's vorgeschlagen werden. Dafür ist eine wichtige Voraussetzung, dass die Unterbezirke sich auch in der Lage sind, die organisatorische Unterstützung zu einem großen Teil selbst zu leisten.

Besonders für die anstehende Strukturreform der SPD Sachsen und die Veränderung unserer Unterbezirksstruktur wird das Projekt „Auf die Linke Tour“ ein Angebot des Landesverbandes an strukturschwache oder neugegründete Unterbezirke sein.

Bildungsarbeit

Der Juso-Landesvorstand bietet auch für die kommende Legislatur Qualifizierungsangebote für die Mitglieder des Landesverbandes an. Dazu zählen die „Quali-Reihen“, Ausbildungsseminare für TeamerInnen der Neujusowochenden und Moderationsschulungen. In diesem Zusammenhang wird die Kooperation mit unseren Netzwerkpartnern - wie dem Herbert-Wehner-Bildungswerk, der Friedrich-Ebert-Stiftung, u.a. - aufrecht erhalten und es angestrebt, diese weiter auszubauen. In unserer Bildungsarbeit werden wir in Zukunft mit anderen Landesverbänden und Arbeitsgemeinschaften der Partei (SGK, AfB, ASF etc.) verstärkt

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007 in Oschatz

zusammenarbeiten. An den Weiterbildungsangeboten des Bundesverbands - insbesondere an den Umbauwochenenden - werden wir wie bisher teilnehmen.

Die Bildungsarbeit ist eine wichtige Säule für unsere verbandsinterne Qualifikation und vermittelt unseren Mitgliedern die nötigen Kompetenzen, um u.a. Seminare durchzuführen und politisch zu handeln. Die so erworbenen Fähigkeiten werden dann durch die TeilnehmerInnen der jeweiligen Seminare in die Unterbezirke hinein getragen und durch diese an andere Jusos und GenossInnen weitergegeben.

Netzwerkarbeit und Gremien

Jusos Sachsen auf Bundesebene

Seit mehreren Jahren bringen wir Jusos Sachsen uns auf Bundesebene in den verschiedensten Gremien ein. So stellen wir derzeit ein Mitglied im Präsidium des Bundesausschusses und haben lange Zeit mit dem Koordinator für den Ostgipfel die dortige Arbeit maßgeblich beeinflusst. Neben dem Ostgipfel, der vordergründig ein regionaler Zusammenschluss von Landesverbänden ist, wollen wir uns natürlich auch inhaltlich stärker auf der Juso-Bundesebene einbringen und von der dort erfolgten Arbeit profitieren. Dabei kann der Landesvorstand auf der Juso-Bundesebene mit der (oder den) Strömung(en) kooperieren, die mit den Positionen und Arbeitsweisen unseres Landesverbandes am weitesten übereinstimmen. Die Einschätzung dessen obliegt bis zum Abschluss der verbandsweiten Debatte zu diesem Thema dem Landesvorstand. Die politisch-inhaltliche Positionierung unseres Landesverbandes wird dabei weiterhin vom Landesverband in Gänze getroffen.

Die Inhalte, die wir hierbei für uns als wichtig ansehen und die wir im Bundesverband verstärkt einbringen werden, sind der Kampf gegen Rechtsextremismus und eine sozialdemokratische Positionierung zur Problematik der Innen Sicherheit. Verbunden mit diesen thematischen Schwerpunkten werden wir uns auch noch verstärkter personell auf der Bundesebene einbringen. Wir beabsichtigen daher, die ehemalige stellvertretende Landesvorsitzende Gudrun Hoffmann als Kandidatin für die Bundesvorstandswahlen im November aufzustellen.

Daneben wollen wir auch weiterhin mit vollständigen Delegationen zu Bundeskongressen anreisen und uns hier - wie zuletzt auch - inhaltlich mit eigenen Anträgen aktiv einbringen. Hierzu zählten auch die bisher praktizierten Vorbereitungstreffen für den BuKo und die Aufteilung der Themenparts. Dies wird weiter fortgeführt. Mit der Neuauflage der Umbauwochenenden (UWE) werden wir auch weiterhin die Möglichkeit nutzen, sächsische VertreterInnen zu diesen Arbeitstreffen des Bundesverbandes zu schicken und unsere Inhalte einzubringen bzw. Impulse für den Landesverband mitzunehmen.

Mit einer verbesserten Kommunikation soll das Engagement des Landesverbandes auf Bundesebene breiter in unserer Mitgliedschaft vermittelt und damit zur verstärkten Beteiligung aufgerufen werden.

Netzwerkarbeit

Wir Jusos Sachsen wollen die Zusammenarbeit mit uns nahe stehenden Partnerinnen und Partnern weiter intensivieren. Damit können wir nicht nur die Reichweite und Durchsetzungskraft unserer Vorstellungen verbessern, also beispielsweise größere öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen organisieren. Wir verfolgen mit der Zusammenarbeit auch die Juso-Doppelstrategie: Gemeinsam mit anderen Organisationen, Vereinen, Verbänden und Gruppen wollen wir Interessen sammeln, damit wir diese in der SPD und ihren Fraktionen durchsetzen können.

Wo immer möglich, sollen Angebote der Jusos an unsere Partnerinnen und Partner gemacht werden. Deren Angebot wird der Vorstand an die eigenen Mitglieder weitertragen.

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007 in Oschatz

Im Streiten für eine solidarische Gesellschaft und eine friedliche Welt fühlen wir Jusos uns dabei insbesondere mit den Gewerkschaftsjungen verbunden, die unsere wichtigsten Partnerinnen sind und bleiben. Die SJD – Die Falken sind für uns ein ernst zu nehmender Partner, mit dem wir die Zusammenarbeit ausbauen wollen. In selbstorganisierten Camps, bei Fahrten und bei Seminaren leben die Falken ihre Ideale von Solidarität, Gleichberechtigung, Demokratie, Kinderrechten, Mitbestimmung und Antirassismus. Die 2+4-Gespräche mit den Falken – regelmäßige Treffen der beiden Hauptamtlichen und je zwei ehrenamtlicher Vorstandsmitglieder – sollen fortgesetzt werden.

Im Rahmen des SPD-Landesvorstandskonzeptes "Neue Stärke" soll die Zusammenarbeit zwischen allen AKs, AGs und den Projektgruppen des SPD-Landesverbandes verbessert werden. Dazu wird es Treffen aller SprecherInnen geben, an denen wir uns aktiv beteiligen. Die derzeitigen guten Kontakte und die Zusammenarbeit mit der AG 60+ wird aufrecht erhalten und soll gleichzeitig auf andere AGs und AKs ausgeweitet werden.

Sobald der Ring Politische Jugend Sachsen e.V. arbeitsfähig ist, muss es ein erklärtes Ziel sein, mit den anderen demokratischen Jugendverbänden gemeinsame öffentliche Projekte zur Demokratieförderung anzuregen.

Kommunikation und Medien

Dem Juso-Landesverband stehen neben den Landesarbeitskreiswochenenden die Homepage www.jusos-sachsen.de, der Jusos-Sachsen-Verteiler und der Newsletter für die verbandsinterne Kommunikation zur Verfügung. Die überarbeitete Homepage soll zukünftig noch mehr Jusos die Möglichkeit geben, Inhalte, Berichte und Ankündigungen einzustellen und gleichzeitig eine noch zeitgemäßere und augenfälligere Ansprache von Interessierten ermöglichen.

Der Newsletter der Jusos Sachsen hat sich als Kommunikationsmittel etabliert und muss beibehalten werden. Dabei muss es Ziel bleiben, diesen an einen größeren AdressatInnenkreis zu versenden und mehr inhaltliche Positionen zu präsentieren. Neben den klassischen Terminankündigungen der Unterbezirke, Projektgruppen und Partnerorganisationen muss auch im NL Raum geschaffen werden, um aktuelle Debatten zu platzieren, Juso-Positionen zu verbreiten und den verbandsinternen Meinungsbildungsprozess voranzutreiben.

Der Jusos-Sachsen-Verteiler ist bisher leider nur gering frequentiert und wird meistens nur für Terminankündigungen des LAK-WEs und der Neu-Juso-Wochenenden genutzt. Ziel muss es daher sein, alle Jusos des Verbandes, wenn rechtlich möglich, in diesen Verteiler aufzunehmen. Durch diese Erweiterung des Kreises der EmpfängerInnen kann dieser besser für verbandsinterne Debatten geöffnet werden. Der Ausbau aller Kommunikationsmittel für die inhaltliche Diskussion muss forciert werden, damit sich mehr Jusos auch außerhalb von Vollversammlungen, Landesarbeitstreffen und Landesdelegiertenkonferenzen an den inhaltlichen Debatten des Verbandes beteiligen können.

Arbeitsfelder

Kreisgebietsreform und SPD-Strukturreform

Mit dem Jahreswechsel 2007/08 wird auch der Juso-Landesverband vor eine enorme Herausforderung gestellt. Im Rahmen der Verwaltungsreform 2008 hat sich der SPD-Landesverband Sachsen zu einer Strukturreform entschlossen, in deren Verlauf die Mehrzahl der Unterbezirke in ihrer Größe verändert werden. Diesen Prozess von Seiten des Juso-Landesverbandes zu begleiten und den betroffenen Juso-Unterbezirken im Neufindungs- und Neugliederungsprozess zu helfen ist ein wichtiges Anliegen des Landesvorstandes. Den interessierten Unterbezirken soll dabei organisatorisch und materiell bei der Organisation und Durchführung von Zukunftswerkstätten, Gründungstreffen und ähnlichem zur Seite gegangen werden.

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007 in Oschatz

Auch über den formalen Anfangsprozess hinaus wird der Landesverband bei Bedarf den Unterbezirken Unterstützung bei der Organisation und Durchführung von späteren Treffen zur politischen Themen- und Schwerpunktsetzung anbieten.

Kommunalwahlen

Schon das kommende Jahr steht im Zeichen von Kommunalwahlen. In 126 Gemeinden Sachsens werden die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und in den Kreisen voraussichtlich die Landrätinnen und Landräte sowie die Mitglieder des Kreistages neu gewählt. Weiterhin findet im darauf folgenden Jahr die Wahl der Mitglieder der Stadt- und Gemeinderäte statt. Für uns als politischer Jugendverband sind diese Kommunalwahlen von strategischer Bedeutung. Hier wird Politik von der Wurzel an greif- und gestaltbar, hier können sich JungpolitikerInnen bewähren und wird die Basis für Erfolge auf Landes- und Bundesebene gelegt. Nicht zuletzt ist es die Ebene, auf der 18 Jahre nachdem die GenossInnen erstmals wieder an demokratischen Wahlen in Sachsen teilnehmen konnten, der Generationswechsel vollzogen werden kann.

Die Kommunalwahlen liegen dabei in den Händen der jeweiligen Juso-Unterbezirke, dennoch will der Juso-Landesvorstand in Zusammenarbeit mit der SPD und der SGK viele Jusos dafür gewinnen, bei den Kommunalwahlen zu kandidieren, und sie zu KommunalpolitikerInnen ausbilden. Gerade im Bereich globaler bzw. landesweiter Themen in der Kommunalpolitik wird der Landesverband über Wahlleitlinien einheitliche Positionen anbieten. Dies möchten wir im Rahmen eines Verbandtages und in Zusammenarbeit mit dem Landesausschuss tun. Grundsätzlich soll das Thema Kommunalpolitik bzw. Kommunalwahlen mit dem Landesausschuss zusammen bearbeitet werden, da es die Unterbezirke sind, die die jeweiligen Wahlkämpfe auszurichten haben und die Probleme vor Ort kennen.

Um unsere inhaltliche Positionierung zu sozialdemokratischer Kommunalpolitik deutlich zu machen, werden wir eigene „Juso-Wahl-Thesen“ entwickeln.

Landtagswahlen

Mit der erfolgreichen personellen und inhaltlichen Unterstützung des Landtagswahlkampfes 2004 haben wir sächsischen Jusos uns die Erfahrungen erarbeitet, die die Partei für eine erneute erfolgversprechende Durchführung einer stringenten und positionsreichen Wahlkampagne benötigt. Die Vorbereitung der Landtagswahl muss unsererseits sowohl personell als auch inhaltlich spätestens Anfang 2008 begonnen werden. Ein Ziel muss es sein, eigene Juso-KandidatInnen für einen eventuellen Einzug in den Landtag vorzubereiten und diese kontinuierlich aufzubauen. Daneben wird eine eigene Themenfindung sowie die Ausbildung von Wahlkampfstrategien und WahlkämpferInnen durchgeführt werden. Vorbereitend werden vom Landesverband Workshops zu Veranstaltungsmöglichkeiten und Präsentationsformen in der Öffentlichkeit angeboten. Der gesamte Prozess verlangt eine sehr enge Kooperation sowohl mit den Juso-Unterbezirken als auch mit der Partei. Die thematische Ausrichtung des SPD-Wahlkampfes soll dabei mit klaren Juso-Schwerpunkten beeinflusst und unterstützt werden. Schon die Landesdelegiertenkonferenz 2008 wird im Zeichen der inhaltlichen Weichstellung für den Juso-Wahlkampf stehen, d.h. die Jusos Sachsen formulieren für sich die wichtigsten Wahlkampfthemen, die dann bei der Erarbeitung des Wahlprogramms der SPD in Sachsen eingebracht werden sollen. Zielgruppenspezifisch werden vor allem ErstwählerInnen gezielt angesprochen. Zur Ausarbeitung der Juso-eigenen „Wahl-Thesen“ wird der gesamte Verband mit einbezogen. Dazu sollen die Erfahrungen mit Regionalkonferenzen und dem „Wiki“ einfließen.

Bundestagswahlen

Die Bundestagswahlen, die voraussichtlich zum gleichen Zeitpunkt wie die Landtagswahlen stattfinden, werden bei der thematischen Positionierung im Rahmen eigener „Juso-Wahl-Thesen“ mit eingehen. Organisatorisch und personell wird der Doppelwahlkampf eine e-

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007 in Oschatz

norme Herausforderung bilden. Gleichzeitig eröffnet er enorme Synergieeffekte. Dies zu koordinieren bzw. vorzubereiten wird den Landesverband ab dem Jahresende 2008 verstärkt beschäftigen.

Europawahlen

Die Wahlen zum Europäischen Parlament, die vermutlich im Frühjahr 2009 stattfinden, werden wieder als Gradmesser für die Stimmungen in der Bevölkerung zu verstehen sein. Wir Jusos werden uns an den angebotenen Kampagnen beteiligen und die sächsischen SpitzenkandidatInnen unterstützen.

Bei allen anstehenden Wahlen werden wir uns nicht nur in die inhaltlichen und programmatischen Debatten einbringen, sondern auch Juso-KandidatInnen für einen eventuellen Einzug in die Parlamente vorbereiten und helfen, sie als KandidatInnen kontinuierlich aufzubauen!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007 in Oschatz

Antrag: A2 - Leitantrag „Mehr demokratischen Sozialismus wagen“

Alle aufmerksamen BeobachterInnen - und Fukuyama selbst - haben mittlerweile bemerkt, dass das „Ende der Geschichte“ doch nicht erreicht wurde. Der Moment, in dem die (gesellschaftsideologischen) Widersprüche dieser Welt überwunden sind, ist mit dem Finale des „real existierenden Sozialismus“ und dem „Sieg“ des westlichen liberal-kapitalistischen Systems eben nicht erreicht. Im Widerstreit der Ideologien scheint der (ökonomische) Liberalismus begrifflich und in der Wahrnehmung der Menschen eine Hochphase erreicht zu haben - er ist aber weiterhin nicht konkurrenzlos, sowohl theoretisch als auch faktisch. Der dem kapitalistischen Wirtschaftssystem innewohnende Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital ist und bleibt einer der größten Widersprüche moderner Gesellschaften, gleichwohl er nicht der einzige ist. Dass gerade dieser marktwirtschaftliche Ur-Disput sich derzeit verschärft und sich seit Jahrzehnten von nationalstaatlicher auf die globale Ebene verlagert, zeigt, wie flexibel und gleichzeitig problemverschärfend die unsichtbare Hand des freien Marktes vor allem in der sozialpolitischen Arena agiert.

Das Streben nach der Idee des demokratischen Sozialismus ist und bleibt unserer Meinung nach die einzige Richtschnur, nach der gesellschaftliche Veränderungen auch gleichzeitig zu Verbesserungen werden können.

Die Idee erkennen und erhalten

Demokratischer Sozialismus heißt für uns, die gesamtgesellschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen, die es allen Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, ethnischen Zuschreibung, religiösen Bindung, ihrem Geschlecht oder der sexuellen Orientierung ermöglichen, in einer intakten Umwelt und ohne ökonomische Zwänge zu leben und sich dabei frei und selbstbewusst zu verwirklichen. Diesen Idealzustand, in dem eine gerechte, an der Gleichheit orientierte Verteilung der gesamten Wertschöpfung und die damit verbundene individuelle Sicherheit zum größtmöglichen gesellschaftlichen Fortschritt führt, nennen wir demokratischen Sozialismus. Dieses Gemeinwesen, das auf eine hohe Bereitschaft zur politischen und gesellschaftlichen Partizipation aufbaut, folgt ausnahmslos demokratischen Spielregeln.

Unser Menschenbild

Demokratischer Sozialismus wird von Menschen gemacht. Die Menschen die wir in unserer Gesellschaft sehen, sind mündig und zu eigenen Gedanken fähig, sie sind kreativ und lebendig und wollen ihre Träume umsetzen und ein freies Leben in Würde führen. Sie sind weder zum Guten noch zum Bösen vorher bestimmt, sondern abhängig von den Verhältnissen um sie herum, jedoch auch in der Lage diese Verhältnisse zu durchschauen und zu verändern.

Für uns kann sich die Demokratie erst im demokratischen Sozialismus zu ihrer höchsten Form entwickeln.

da in ihm die Menschen erst die materiellen und sozialen Bedingungen finden, ihre Freiheit nicht nur zu erhalten, sondern auch aus zu leben;

da mit der Angleichung der ökonomischen Lebensgrundlagen der Menschen die Grundlage für eine umfassende Gerechtigkeit entsteht;

und da er das Zusammenleben der Menschen, die nun von ihren ökonomischen Zwängen befreit sind, auf Basis umfassender Solidarität organisiert.

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007 in Oschatz

Nur die Gesellschaft, in der alle Menschen solidarisch miteinander leben und ein Höchstmaß an Gerechtigkeit herrscht, ermöglicht es den Menschen, frei zu leben. Nur wenn alle in gleicher Freiheit leben können, ist es allen Menschen in gleichem Umfang möglich ihre Ansichten in demokratische Meinungsbildungsprozesse einzubringen und sich an gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen. Das ist wahre Demokratie. In diesem Moment vereinen sich real existierende Demokratie und die Idee des demokratischen Sozialismus. Dies anzustreben ist unser erklärtes Ziel.

Den Begriff bei der SPD halten

Mit Enttäuschung und Verwunderung stellen wir fest, mit welcher Kraft sich Teile der SPD gerade vom Begriff des demokratischen Sozialismus zu lösen versuchen. Jedoch entscheidender ist, dass es sich nicht nur um eine begriffliche Distanzierung handelt, sondern dass damit eine inhaltliche Entfernung von ur-sozialdemokratischen Ideen und Leitlinien verbunden ist. Mit Ernüchterung stellen wir fest, dass der „dritte Weg“ – auch wenn er von vielen immer noch begangen wird – keine Modernisierung des demokratischen Sozialismus, sondern eine sozialdemokratische Hommage an den Neoliberalismus war. Unter dieser programmatischen Utopielosigkeit leidet die Sozialdemokratie noch immer.

Statt die Idee und den Begriff des demokratischen Sozialismus zu definieren und offensiv zu vertreten, werden sie fallen gelassen. Dieses Vorgehen bescheinigt der SPD den Verlust ihrer Identität.

Wenn wir für unser demokratisches Gemeinwesen werben, müssen wir den Menschen auch eine Vision bieten, die unserer Meinung nach eine langfristige Verbesserung der Lebensumstände aller Menschen in Aussicht stellt. Die sozialdemokratische Wertetrias und das Konzept des demokratischen Sozialismus sind die Pfeiler, auf der die SPD seit über 140 Jahren ihre Politik aufbaut. Genau diese Grundlagen dürfen nicht nur nicht verändert werden, sie sind nach unserem Ermessen als Basis unserer Partei wichtiger denn je.

Es gab bis jetzt in der modernen Menschheitsgeschichte noch keinen demokratischen Sozialismus. Viele Umsetzungsversuche scheiterten, wiederum andere kaschierten mit dem Begriff ihr eigentliches Systemmodell. Der "real existierende Sozialismus" war eine solche historische Fehlleitung. Dem Begriff und der Idee des demokratischen Sozialismus diese Fehlschläge und Perversionen anzuhängen, ist unvernünftig und verantwortungslos.

Den kritischen Blick wagen

Das Godesberger Programm definierte nicht nur die Grundlagen gemeinsamen politischen Agierens in der SPD, sondern umfasste auch die damaligen Gegensätze, die sich in der Gesellschaft aufzeigten und die sich durchaus in den innerparteilichen Auseinandersetzungen einer Volkspartei widerspiegeln sollten. Die „Widersprüche unserer Zeit“ erkannte man damals in drei Feldern:

1. dem Umgang mit der Atomenergie;
2. der ungerechten Verteilung des ins unermessliche steigenden Wohlstands;
3. der globalen Spaltung in zwei Machtblöcke bei gleichzeitiger „Verkleinerung“ des Globus.

Während der Umgang mit der Atomenergie zumindest in der innerparteilichen Debatte mehrheitlich entschieden ist und das außenpolitische Feld nicht mehr vom Ost-West-Gegensatz, sondern vor allem vom Nord-Süd-Gegensatz und von weltweiten gewalttätigen Konflikten, die oftmals im Namen einer kulturalistischen Ideologie ausgefochten werden, geprägt wird ; bleibt das Hauptproblem nationalen und internationalen Zusammenlebens die ungleichmäßige und ungerechte Verteilung des weltweiten Wohlstandes.

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007 in Oschatz

Dieser Grundwiderspruch hat sich unter den Begriffsstützen „Globalisierung“ und „Neoliberalismus“ noch verstärkt. Nur mehr oberflächlich werden die Auswüchse des Kapitalismus global und innerstaatlich zu kaschieren versucht. Während in den Ländern des Nordens die Last des Konfliktausgleichs auf den immer kleiner werdenden Verteilungssystemen ruht; wird Armut, Hunger und Perspektivlosigkeit in den so genannten „Drittwellstaaten“ zum Generator für Extremismus und Gewalt. Und auch das ökonomische Wachstum in vielen Schwellenländern geht zumeist mit sich verschärfenden sozialen Disparitäten einher.

So hat sich die Hoffnung auf ein friedliches 21. Jahrhunderts schnell zerschlagen. Wer allerdings die grundlegendste Ursache für den Ausbruch und die Weiterführung der weltweiten (sozialen wie auch gewaltsamen) Konflikte sucht, wird immer wieder auf die fehlende Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse stoßen: materielle Sicherheit, persönliche Freiheit und körperliche Unversehrtheit.

Für Verbesserungen streiten

Wir Jusos fühlen uns nach dieser Analyse bestätigt, als JungsozialistInnen das beste Konzept für die positive Veränderung unserer Welt zu haben. Aufbauend auf den Grundwerten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität sehen wir als Ziel unseres politischen und persönlichen Agierens das Annähern an die Idee des demokratischen Sozialismus.

Die Idee des demokratischen Sozialismus sieht die Prinzipien der Demokratie und des Sozialismus als untrennbare Einheit. Unser Bild vom Menschen nimmt die gleiche Würde Aller zum Ausgangspunkt und formuliert das selbst bestimmte Leben eines jeden Menschen als Ziel. Das Prinzip der Demokratie sichert dabei die rechtlichen und politischen Grundlagen, das Prinzip des Sozialismus die materiellen und sozialen Grundlagen für die Teilhabe jedes Menschen. Jedes Prinzip allein und ohne das andere lässt die Voraussetzungen für ein selbst bestimmtes Leben unvollständig; beide Prinzipien zusammen sichern erst die vollständige Teilhabe der Menschen an der Gesellschaft.

Deshalb ist unser politisches Fordern und Handeln stets von (theoretischem) Weitblick und von der Betrachtung des Menschen als zentrale Bezugsgröße geprägt. Hierbei stehen – ohne Unterschied - alle Menschen im Fokus unserer Betrachtungen.

Unsere Zielstellungen sind folglich international. Unsere Solidarität gilt allen Menschen. Wer Verbesserungen innerhalb von Grenzen anstrebt, wird nur begrenzte Verbesserungen erhalten. Wir Jusos Sachsen bekennen uns zum Begriff und zu den Ideen des demokratischen Sozialismus. Wir erkennen in ihm die Gesellschaftsform, die den Menschen als Individuum begreift und ihm den materiellen und ideellen Boden bereitet, um ein selbst bestimmtes Leben in einer solidarischen Gesellschaft zu führen. Erst diese Solidarität vermag es, allen Menschen Freiheit zu geben und Gerechtigkeit zu wahren.

**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007
in Oschatz**

Antrag: O1 – LVV statt LDK

Der Landesvorstand legen zur nächsten LDK einen Vorschlag mit ausführlicher Begründung für die Verankerung der Landesvollversammlung in den Richtlinien der Jusos Sachsen vor. In der Begründung ist insbesondere auf Vor- und Nachteile von Vollversammlungen einzugehen.

**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007
in Oschatz**

Antrag: O2 - Grundmandate

Im Paragraph 5 Absatz 2 der Richtlinie der Jusos Sachsen werden die Sätze:

Jeder Unterbezirk erhält drei Grundmandate. Die übrigen Mandate werden entsprechend der Zahl der SPD-Mitglieder bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres entsprechend dem Hare-Niemeyer-Verfahren auf die Unterbezirke verteilt.

geändert durch:

Jeder Unterbezirk erhält zwei Grundmandate. Die übrigen Mandate werden entsprechend der Zahl der SPD-Mitglieder bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres entsprechend dem Adams-Verfahren auf die Unterbezirke verteilt.

**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007
in Oschatz**

Antrag: O3 - Quo vadis Jusos Sachsen?

Die Jusos Sachsen führen bis zur nächsten Landesdelegiertenkonferenz im Jahr 2008 eine Debatte über die derzeit auf Bundesebene vorhandenen Strömungen. Die Federführung hierbei obliegt dem Landesausschuss in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand und den Unterbezirksvorständen. Hierzu sollen bei Interesse in den Unterbezirken Diskussionsveranstaltungen mit VertreterInnen aus anderen Landesverbänden und deren Strömungen durchgeführt werden, in denen deren Positionen, Ziele und Erfahrungen vorgestellt und debattiert werden können.

Ziel der Debatte soll sein, dass alle interessierten Mitglieder anschließend in ausreichendem Maße über die Strömungen informiert sind und der Landesverband sich bis zur nächsten Landesdelegiertenkonferenz zur Strömungsdebatte positionieren kann. Dem Landesausschuss soll als Scharnierfunktion zwischen den Unterbezirken und dem Landesvorstand die Koordinierung dieser Debatte obliegen.

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007 in Oschatz

Antrag: O7 - Umgang mit der Partei „Die Linke“

Die Jusos Sachsen fordern eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Partei „Die Linke“ innerhalb des Juso-Bundesverbandes, der einzelnen Juso-Landesverbände sowie in allen Gremien der SPD.

1. Die Partei "Die Linke" ist zuvorderst ein politischer Konkurrent mit dem wir – wie mit anderen - um politische Ziele und die Durchsetzung unserer Politik ringen. Eine Dämonisierung dieser Partei oder einzelner ihrer Führungsfiguren ist dafür nicht zweckdienlich.

2. Die Jusos Sachsen sehen die Notwendigkeiten zur Enttabuisierung des Umganges mit der Partei "Die Linke" und zur Forcierung der politisch-inhaltlichen Auseinandersetzung mit dieser Partei. Dies stellt allerdings keinen Freibrief für die historische Schuld dar, die diese Partei als Erbe der SED trägt.

3. So wird, nicht nur für uns, vor allem wichtig sein, ob sich die Partei „Die Linke“ aus der Protestecke verabschiedet und gewillt ist, aktiv Politik zu gestalten. Wir sehen eine solche Herangehensweise als notwendig an, um in der politischen Arbeit dem Willen der WählerInnen und der Bevölkerung nachkommen zu können.

4. Dieser Praxistest beginnt im Kleinen, zum Beispiel in Sachsen und durchaus bei der Netzwerkarbeit von Jugendverbänden. Diese haben, sicher eher als ältere Generationen, die Chance an gemeinsamen politischen Projekten zu arbeiten.

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007 in Oschatz

Antrag: I1 - CDU stoppen - Abbau von Freiheitsrechten verhindern

Der Landesparteitag der SPD sowie der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion, die SPD-Landtagsfraktion sowie die SPD-Mitglieder in Bundes- und Landesregierung auf, die von der CDU und ihrem Bundesinnenminister geplanten Gesetzesverschärfungen im Bereich der Inneren Sicherheit abzulehnen. Wir Jusos verlangen von der SPD als traditioneller Bürger(innen)rechtspartei insbesondere das Eintreten für folgende Punkte

- kein Zugriff von Sicherheitsbehörden auf die Computer der Bürger(innen) über das Internet (Onlinedurchsuchung)
- kein Einsatz der Bundeswehr im Innern
- keine Missachtung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Luftsicherheitsgesetz
- keine biometrische Gesichtsfeldererkennung, weder am Mainzer Hauptbahnhof noch irgendwo anders
- keine Ausweitung von Videoüberwachung
- keine Verwendung von Mautdaten außerhalb der Mauterfassung, insbesondere nicht für die Verbrechensbekämpfung
- keine Vorratsdatenspeicherung
- keine Aufweichung der Trennung von Geheimdiensten und Polizei insbesondere bei der Verwertung von gespeicherten persönlichen Daten
- kein Abweichen von der Unschuldsvermutung bei der Verbrechensbekämpfung
- kein Abweichen vom Folterverbot
- kein Zugriff von Verfassungsschutz und Geheimdiensten auf europaweite Datenbanken
- keine Erfassung biometrischer Daten (Fingerabdrücke) für und in Ausweisdokumenten, insbesondere dem Personalausweis

Darüber hinaus müssen die in den letzten Jahren verabschiedeten Gesetzesänderungen kritisch auf ihren Sinn überprüft werden. Überflüssige Gesetze, die Grundrechte einschränken, aber keinen Nutzen für die Verbrechensbekämpfung haben, gehören schnellstmöglich abgeschafft.

Dazu gehören insbesondere:

- die Telekommunikationsüberwachung
- der große Lauschangriff
- die Antiterrordatei

Anstatt immer nur zu reagieren, muss die SPD sich offensiv als Verteidigerin und Bewahrerin der Bürger(innen)rechte positionieren. Das Grundgesetz bietet unserer Meinung nach den Sicherheitsbehörden genügend Spielraum, um präventiv bzw. strafverfolgend tätig zu werden. Einer stetigen Ausweitung oder situativen Neuinterpretation bestehender Kompetenzen muss ein Riegel vorgeschoben werden. Die bürgerliche Freiheit des Grundgesetzes darf nicht zu Tode gesichert werden! Auch innerhalb einer großen Koalition muss es möglich sein, solche eigenen Inhalte offensiv zu vertreten.

**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007
in Oschatz**

Antrag: I2 - Wehrpflicht abschaffen

Wir fordern die unverzügliche Abschaffung der Wehrpflicht und die Umwandlung der Bundeswehr in eine reine Freiwilligenarmee geringer Truppenstärke.

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007 in Oschatz

Antrag: 14 - Unterstützung des Aufrufs „NPD-Verbot jetzt!“

Die Jusos Sachsen unterstützen den nachfolgenden Aufruf des VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten) und setzen sich damit für ein neues Verbotsverfahren der NPD ein.

Aufruf

NPD-Verbot jetzt!

Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages!

Wir fordern Sie auf, ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD nach Artikel 21, Absatz 2 Grundgesetz auf den Weg zu bringen. Die seinerzeit von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat geltend gemachten Verbotgründe bestehen nach wie vor.

Seit über 40 Jahren ist in der Bundesrepublik mit der NPD eine Partei wirksam, die in der Tradition der NSDAP steht. Ihre Aussagen sind rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich. Sie tritt für ein neues "Deutsches Reich" ein und lehnt die demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ab.

Sie propagiert zur Durchsetzung ihrer politischen Ideologie nicht nur Gewalt, sondern bietet auch Gewalttätern eine politische Heimat und unterstützt sie. Sie ist in einem hohen Maße für ein geistiges Klima verantwortlich, in dem vielfältige strafbare Handlungen gedeihen.

Sie nutzt den Parteienstatus aus, um Gelder von einem demokratischen Staat zu beziehen, den sie abschaffen will.

Das Grundgesetz ist der Gegenentwurf zur Terrorherrschaft des Nazi-Regimes. Nur vor diesem Hintergrund des Faschismus sind seine Bestimmungen, insbesondere in Artikel 1, zu den Grundrechten und über den Schutz der Demokratie zu verstehen. Bezug nehmend auf die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, der Alliierten Kontrollratsgesetze und deutsche Rechtsvorschriften heißt es in Artikel 139 des Grundgesetzes:

"Die zur 'Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus' erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen des Grundgesetzes nicht berührt."

Die NPD muss mitsamt ihren Gliederungen, Neben- und Nachfolgeorganisationen verboten und konsequent aufgelöst werden!

Wir fordern Sie deshalb auf: Leiten Sie ein neues Verfahren ein!

**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007
in Oschatz**

Antrag: 15 - Ohne Alkohol am Steuer – Generelles Alkoholverbot im Straßenverkehr durchsetzen

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen und an den SPD-Bundesparteitag weiterleiten:

Die Jusos Sachsen fordern die SPD-Bundestagsfraktion und den Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, auf, sich für ein generelles Alkoholverbot beim Führen eines Kraftfahrzeuges im öffentlichen Straßenverkehr einzusetzen.

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007 in Oschatz

Antrag: 16 - Zukunftstauglich Wählen: Mit Zettel und Stift!

Der Juso-Bundeskongress und der Landesparteitag der SPD Sachsen mögen beschließen:

Die Jusos bzw. SPD sprechen sich dafür aus, bei öffentlichen Wahlen den Einsatz von Wahlcomputern zur Erfassung der Stimmabgabe der Wählerinnen und Wähler zu verbieten. Stattdessen soll die Stimmabgabe wie bisher üblich mit Wahlzettel und Stift erfolgen. In den letzten Jahren wurden in verschiedenen Bundesländern (Brandenburg, Hessen, NRW, Rheinland Pfalz, Sachsen-Anhalt) vermehrt Wahlcomputer zur Erfassung der Stimmen bei öffentlichen Wahlen eingesetzt. Dabei kommen zurzeit in größerer Anzahl nur Geräte eines einzigen Herstellers (NEDAP) zum Einsatz. In einigen Regionen wurden außerdem alternative Geräte zu Testzwecken eingesetzt (Digitaler Wahlstift), für Bundestags- und Europawahlen sind hingegen nur die Geräte der Firma NEDAP zugelassen. Gesetzlich ist der Einsatz durch die Bundeswahlgeräteverordnung geregelt.

Gegen den Einsatz dieser Geräte sind erhebliche Mängel geltend gemacht worden, die zu Wahleinsprüchen zur Bundestagswahl^[3] und zu einer Wahlprüfungsbeschwerde vorm Bundesverfassungsgericht^[4] geführt haben, die vor allem in der Verletzung des Öffentlichkeitsprinzips bei der Wahldurchführung begründet werden.

Gegen den Einsatz von Wahlcomputern (insbesondere der NEDAP-Geräte) spricht:

1. Fehlende Kontrollmöglichkeit für die WählerIn, ob ihre/seine Stimme richtig gespeichert wurde.
2. Stimmabgabe und Ergebnisermittlung finden innerhalb eines Gerätes statt. Da die Auszählung der Stimmen nicht öffentlich stattfindet, ist das Ergebnis nicht verifizierbar.
3. Eine nachträgliche Überprüfung des Wahlergebnisses ist nicht möglich, da kein physischer Beweis einer bestimmten Stimmabgabe existiert.
4. Die Gerätesoftware lässt sich innerhalb weniger Minuten durch manipulierte Software austauschen. Insbesondere eine Manipulation durch InnentäterInnen (z.B. Mitarbeiter der Herstellerfirma) können weitgehend unbemerkt das Ergebnis von Wahlen signifikant beeinflussen. Dabei können weder Wahlvorstand noch WählerInnen noch WahlbeobachterInnen kontrollieren, ob die Software des Wahlcomputers manipuliert wurde.
5. Es wurde lediglich ein Gerät von der zuständigen Technischen Behörde (Physikalisch Technische Bundesanstalt) geprüft, für alle im Einsatz befindlichen Geräte genügte eine Erklärung des Herstellers, dass die zum Einsatz kommenden Geräte frei von Manipulationen sind.
6. Der Einsatz von Wahlcomputern kann nicht-technikaffine Menschen in der Ausübung ihres Wahlrechtes beeinträchtigen.

Der Hauptvorteil von Wahlcomputern, die schnellere Feststellung des Ergebnisses, steht in keiner Relation zu den genannten Nachteilen.

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007 in Oschatz

Antrag: SW1 - Tariftreuegesetz für Sachsen

Der Landesparteitag der SPD möge beschließen und an die sächsische Landtagsfraktion sowie an die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung weiterleiten:

Wir fordern den sächsischen Landtag auf, ein Tariftreuegesetz gegen Dumpinglöhne zu verabschieden.

Regelungsgehalt des Tariftreuegesetzes ist, dass öffentliche Aufträge im Land Sachsen nur noch an Unternehmen vergeben werden, die

- die in Tarifverträgen vereinbarten Arbeitsentgelte und Leistungen am Ort der Leistungserbringung zahlen und erbringen,
- die sich nach einem noch zu erarbeitenden Katalog aus ökologischen Kriterien, wie zum Beispiel u.a. der Durchsetzung umwelt- und klimaschonender Standards bei Bauvorhaben, richten
- betriebliche Ausbildungsstellen anbieten und
- sich der Förderung der Chancengleichheit verpflichten.

Dazu soll ein Tariftreuegesetz gegen Dumpinglöhne mindestens folgende Regelungen enthalten:

1. Alle Unternehmen, die sich in Sachsen um die Ausführung öffentlicher Aufträge bewerben, werden zur Abgabe einer Tariftreueerklärung verpflichtet. Inhalt der Erklärung ist die Verpflichtung des Unternehmens für die eigenen Arbeitnehmer/innen die jeweils in Sachsen geltenden repräsentativen Tarifverträge anzuwenden.
2. Die Tariftreueerklärung muss vom Betriebsrat schriftlich bestätigt werden. Zur Vermeidung von Umgehungsstrategien müssen auch eventuelle Subunternehmer die Tariftreueerklärung abgeben.
3. Die berufliche Erstausbildung ist als besonderes Vergabekriterium zu berücksichtigen. Bei gleichwertigen Angeboten erhalten die Unternehmen den Zuschlag, die sich an tariflichen Umlageverfahren zur Sicherung der beruflichen Erstausbildung oder an Ausbildungsverbänden beteiligen.
4. Das Tariftreuegesetz gegen Armutslöhne gilt für öffentliche Aufträge des Landes Sachsen und von Gemeinden, Gemeindeverbänden, Anstalten / Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie für Vereinigungen, deren Anteile sich unmittelbar oder mittelbar überwiegend in der Hand des Landes Sachsen oder öffentlicher kommunaler Träger befinden.
5. Unternehmen, welche den Verpflichtungen nach dem Tariftreuegesetz nicht nachkommen werden für die Dauer von 3 Jahren von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen. Ein schuldhafter Verstoß gegen die Bestimmungen wird mit einer Geldstrafe in Höhe von 5 % des Auftragswertes belegt.

**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007
in Oschatz**

Antrag: SW2 - Stoppt die Bahnprivatisierung

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Die Jusos lehnen die aktuellen Pläne der Bundesregierung zur Teilkapitalisierung der Deutschen Bahn AG ab.

Für uns Jusos erfüllt die Deutsche Bahn in dem momentanen Modell die ihr zugewiesene Verfassungsaufgabe. Auch in Zukunft muss weiterhin gewährleistet werden, dass der Bund allein Einfluss auf die strategische Ausrichtung der Bahn AG hat. Dieser Einfluss muss in Zukunft stärker wahrgenommen werden gegenüber dem allein gewinnorientierten Vorstand der Bahn AG.

Wir fordern stattdessen den Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee, unsere sozialdemokratische Bundestagsfraktion und die SPD regierten Länder dazu auf, die Deutsche Bahn als einzige ökologische Alternative zum ansteigenden Verkehr auf der Straße anzuerkennen und alles mögliche zu tun, dass die Bahn zu einem staatlich garantierten und kostengünstigen Transportmittel für Menschen und Güter wird. Das Hauptaugenmerk muss hierbei auf die soziale und ökologische Verträglichkeit und Nachhaltigkeit gerichtet sein.

Bei der Auseinandersetzung über zusätzliche Kapitalbeschaffung für die Deutsche Bahn AG und bei deren operativen Ausrichtung muss im Vordergrund stehen, dass die sozialen und ökologischen Zielsetzungen nicht von gewinnorientierten Interessen verdrängt werden. Hierbei scheint das Modell der Volksaktie (stimmrechtslose Vorzugsaktie) eine mögliche Alternative zu sein, die einer intensiveren Überprüfung bedarf.

**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007
in Oschatz**

Antrag: SW5 - Unterstützung der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens

Die Jusos Sachsen setzen sich mit den verschiedenen Konzepten des bedingungslosen Grundeinkommens auseinander. Hierzu sollen in Abstimmung mit dem Landesvorstand, den Unterbezirken und den Landesarbeitskreisen ein Seminarwochenende oder Verbandstage zu den verschiedenen Facetten des Grundeinkommens (Arbeitsbild, Finanzierung etc.) veranstaltet werden. Ergebnis dieser intensiven Beschäftigung soll eine breite Diskussion und Positionierung auf der LDK 2008 sein.

**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007
in Oschatz**

Antrag: SW6 - Keine Abschaffung des Briefmonopols zum 01.01.2008

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Wir Jusos Sachsen sind gegen eine verfrühte Aufhebung des Briefmonopols zum 01.01.2008.

Eine vollständigen Liberalisierung des Postmarktes soll auf den 1. Januar 2011 verschoben werden und nur unter den folgenden Bedingungen durchgeführt werden:

- Festlegung eines Mindestlohnes für diesen Sektor
- Erhaltung des Universaldienstes
- Europaweite gleichzeitige und gleichartige Liberalisierung der Postmärkte

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007 in Oschatz

Antrag: IA1 - Nicht nur Abnicken - Programmdebatte zu Ende führen!

Die Programmkommission hat mit Beschluss vom 22.09.2007 Empfehlungen zum SPD-Grundsatzprogramm abgegeben. Diese Textfassung wird auch Beratungsgrundlage auf dem SPD-Bundesparteitag sein. Damit hat die Parteiführung auf die vielfache und in vielen Punkten einhellige Kritik in der Partei zum Bremer Entwurf reagiert,

Zentrale Kritikpunkte am Bremer Entwurf waren seine mangelhafte Analyse und seine oft diffuse inhaltliche Ausrichtung. Es ist dem Bremer Entwurf nicht gelungen, wesentliche Antworten auf die drängenden politischen Fragen zumindest der mittelfristigen Zukunft zu geben und einige Politikfelder wurden unter Wert behandelt.

Wir begrüßen jedoch, dass die Parteiführung die Kritik am Bremer Entwurf zur Kenntnis genommen hat und die Redaktionsgruppe den bisherigen Entwurf sowohl was seine Länge und sprachliche Ausgestaltung, als auch was zentrale inhaltliche Punkte angeht, überarbeitet hat. Der Entwurf ist insgesamt stärker am Ziel einer solidarischen Gesellschaft ausgerichtet. Besonders herausstellen wollen wir hier folgende Punkte:

Der Demokratische Sozialismus (Abschnitt 2, Nr. 22) stellt nun nicht nur ein historisches Überbleibsel aus der Geschichte der Sozialdemokratie dar, sondern bleibt politische Zielvorstellung einer Gesellschaft jenseits kapitalistischer Ausbeutung, in der unsere Grundwerte Freiheit, Gleichheit und Solidarität verwirklicht sind. Die SPD hält also an ihrer Vorstellung einer gerechteren Gesellschaft fest.

Die Kritik am Gleichstellungskapitel (Abschnitt 3.4), die insbesondere durch die Kampagne „Neues Gleichstellungskapitel“ des Juso-Bundesverbandes, vieler SPD-Frauen aber auch vieler männlicher Parteimitglieder geäußert wurde, ist in vielen Punkten aufgenommen worden. Die reine Fokussierung von Gleichstellungspolitik als Familienpolitik wurde aufgegeben. Für uns ist Gleichstellungspolitik weiterhin im breiten Sinne der Ansatz zur Überwindung einer männlich strukturierten Gesellschaft, ob in Familie, Beruf oder anderswo.

Die SPD hält an ihrem Sozialstaatsverständnis (Abschnitt 3.7) fest, die Elemente des Vorsorgenden Sozialstaates werden als Ergänzung und Weiterentwicklung, nicht als Ersatz begriffen.

Die bildungspolitischen Forderungen der SPD wurden präzisiert, insbesondere bekennt sich die SPD jetzt in ihrem Grundsatzprogramm klar zu einer Schule für Alle bis zur 10. Jahrgangsstufe (Abschnitt 3.6).

Gleichwohl sehen wir an vielen Punkten weiterhin erheblichen Änderungsbedarf. An vielen Stellen ist eine deutliche redaktionelle sprachliche Überarbeitung notwendig, häufig sieht man dem Text an, wo Kompromisse in der Vorbereitungsgruppe gemacht wurden. Die Zeit bis zum Hamburger Parteitag muss genutzt werden, hier noch einmal nachzuarbeiten. Wir halten eine Neufassung insbesondere an folgenden Punkten für notwendig:

Das Konzept des demokratischen Sozialismus und seine Ablösung von der staatssozialistischen Perversion ist nicht klar und eingängig genug formuliert. (Abschnitt 2, Nr. 22-23).¹

1

Wir empfehlen, an diesem Punkt über folgende Änderung nachzudenken:

21. Demokratischer Sozialismus

22. *Unsere Geschichte ist geprägt von der Idee des demokratischen Sozialismus, einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, in der unsere Grundwerte verwirklicht sind. Sie verlangt eine Ordnung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, in der die bürgerlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte für alle Menschen garantiert sind, alle Menschen ein Leben ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt, also in sozialer und menschlicher Sicherheit führen können.*

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007 in Oschatz

Es wird weiter ein deutscher Sitz für den UN-Sicherheitsrat gefordert (Abschnitt 11, Nr. 16). Die Empfehlungen der Programmkommission sehen weiterhin „deutsche Interessen“ als Kategorie zu Militäreinsätzen neben der Parlamentsentscheidung vor (Abschnitt 3.1, Nr. 38). Weiterhin wird die Demokratisierung der EU, d.h. der Umbau der Kommission wie auch der Abbau von Agrarsubventionen nicht klar benannt (Abschnitt 3.2, Nr. 10, Nr. 20).

Der Umgang mit Zuwanderinnen und Zuwanderern ist zu stark auf die Forderungen an diese orientiert, die Aufgaben für die Mehrheitsgesellschaft müssen stärker akzentuiert werden. (Abschnitt 3.3, Nr. 19)

Das Gleichstellungskapitel enthält weiterhin nicht den programmatischen Schlusssatz aus dem Berliner Programm: „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden. (Abschnitt 3.4, Nr. 11)“.

Umverteilung als Mittel zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit spielt – z.B. im steuerpolitischen Teil - keine Rolle (Abschnitt 3.5, Nr. 11).

Das Ziel der Vollbeschäftigung wird relativiert (Abschnitt 3.6, Nr. 7), es wird nur eine „Chance“ jedes und jeder Einzelnen auf gute Arbeit angestrebt.

Es wird sich nicht zu einer armutsfesten Rente bekannt, stattdessen soll Altersarmut nur „vermieden“ werden (Abschnitt 3.7, Nr. 23).

Wir fordern daher die sächsische Delegation zum Bundesparteitag auf, sich besonders für Änderungen im obigen Sinne einzusetzen.

22a. Die Idee des demokratischen Sozialismus sieht die Prinzipien der Demokratie und des Sozialismus als untrennbare Einheit. Unser Bild vom Menschen nimmt die gleiche Würde Aller zum Ausgangspunkt und formuliert das selbst bestimmte Leben eines jeden Menschen als Ziel. Das Prinzip der Demokratie sichert dabei die rechtlichen und politischen Grundlagen, das Prinzip des Sozialismus die materiellen und sozialen Grundlagen für die Teilhabe jedes Menschen. Jedes Prinzip allein und ohne das andere lässt die Voraussetzungen für ein selbst bestimmtes Leben unvollständig; beide Prinzipien zusammen sichern erst die vollständige Teilhabe der Menschen an der Gesellschaft.

23. Der Staatssozialismus sowjetischer Prägung war zutiefst undemokratisch und negierte den Grundwert der Freiheit. Er widersprach damit den Grundwerten der Sozialdemokratie. Das Ende des Staatssozialismus sowjetischer Prägung hat die Idee des demokratischen Sozialismus deshalb nicht widerlegt und die Orientierung der Sozialdemokratie an Grundwerten eindrucksvoll bestätigt.

**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007
in Oschatz**

Antrag: IA2 - Am 12.10. Gegendemo zur NPD-Demo in Plauen unterstützen

Thema:

Die Jusos Sachsen unterstützen die Aktivitäten gegen die geplante NPD-Veranstaltungen am Freitag, den 12.10.2007 in Plauen.

**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007
in Oschatz**

Antrag: B1 - Für einheitliche Bildungsstandards!

Der Bundeskongress der Jusos sowie der SPD-Landesparteitag mögen beschließen:

Wir Jusos setzen uns für bundeseinheitliche Bildungsstandards ein und bundeseinheitliche Schulabschlüsse!

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007 in Oschatz

Antrag: B3 - Erste Hilfe in die Schule tragen

Die Jusos Sachsen setzen sich für eine Reformierung des Schullehrplans bezüglich einer Intensivierung der gezielten Aus- und Fortbildung zum Themenkomplex Erste Hilfe ein.

Unsere Forderungen umfassen dabei folgende Punkte:

- in der Ausbildung von LehrerInnen findet ein Erste Hilfe – Intensivkurs statt, dieses Wissen ist in regelmäßigen Abständen von 12 Monaten ständig zu erneuern und zu wiederholen
- die Schulen haben die Pflicht ein Krankenzimmer² einzurichten, dafür notwendige finanzielle Mittel müssen vom Freistaat Sachsen zur Verfügung gestellt werden
- der Themenkomplex Erste Hilfe erhält einen fächerübergreifenden Status, d.h. konkret:
 - im Biologieunterricht werden theoretisch biologische Grundlagen gesetzt
 - im Gemeinschaftskundeunterricht wird die rechtliche Notwendigkeit von Erster Hilfe sowie deren Neuerungen vermittelt
 - in allen Fächern soll verstärkt die soziale Kompetenz Menschen in Not zu helfen, vermittelt werden, insbesondere in den Fächern Ethik und Religion
 - im Sportunterricht sollen nach Setzung der praktischen Grundlagen von den SchülerInnen selbst Erste Hilfe-Übungen durchgeführt werden
 - zusätzlich haben SchülerInnen die Möglichkeit eine außerschulische AG zu gründen, um ihr theoretisches sowie praktisches Wissen zu verbessern
 - die zuständigen FachlehrerInnen sowie eine AG-Gruppe von SchülerInnen haben das Recht und die Pflicht, in Rücksprache mit der Schulleitung für ihr Ressort entsprechendes Unterrichtsmaterial vom Freistaat Sachsen anzufordern

Finanziert soll diese Schullehrplanreform hinsichtlich des Punktes „Erste Hilfe“ durch eine allgemeine Aufstockung der finanziellen Mittel für Bildungspolitik im Freistaat Sachsen. Eine finanzielle Initiative ausgehend vom Freistaat für die Schulen Sachsens muss gestartet werden, denn viele Kommunen können die oben beschriebene Reform nicht selbst tragen.

² Unter dem Terminus „Krankenzimmer“ wird in diesen Zusammenhang lediglich ein Ruhezimmer für SchülerInnen verstanden, welches einen Notfallsanitätskasten enthält. Fachkundige Personen stehen bei Problemen zur Verfügung.

**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007
in Oschatz**

Antrag: B8 - SozialpädagogInnen an Schulen

Wir Jusos Sachsen fordern, dass das Kontingent an SozialpädagogInnen für Schulen aufgestockt wird, so dass für jede Schule jeweils einE BetreuerIn zur Verfügung steht. Die Anstellung der oder des festen Betreuers/ Betreuerin muss unbefristet sein.

**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007
in Oschatz**

Antrag: J1 - Her mit einem besseren Jugendarbeitsschutz!

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Her mit einem besseren Jugendarbeitsschutz!

Die sächsische SPD als auch die SPD im Bund möge sich für eine Weiterentwicklung des Jugendarbeitsschutzgesetzes und eine Stärkung der Schutzrechte junger Arbeitnehmer/innen einsetzen.

Deshalb fordern wir eine Ausweitung der Gültigkeit des Jugendarbeitsschutzgesetzes und den Abbau von Ausnahmeregelungen.

Eine Liberalisierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes und eine Aushöhlung der Rechte junger Arbeitnehmer/innen werden von uns SozialdemokratInnen weiterhin vehement abgelehnt!

Des Weiteren setzen wir uns für eine bessere Umsetzung des bestehenden Jugendarbeitsschutzgesetzes ein. Wir werden es nicht hinnehmen, dass allenthalben gegen dieses wichtige Gesetz verstoßen wird, und fordern alle verantwortlichen Behörden und Institutionen auf, die Einhaltung des Jugendarbeitsschutzgesetzes besser zu kontrollieren und Verstöße zu ahnden.

**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007
in Oschatz**

Antrag: F1 - Schließen von Steuerschlupflöchern – Abschaffung der Nichtveranlagungsbescheinigung

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen und an die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:

Die Jusos fordern eine generelle Abschaffung der Nichtveranlagungsbescheinigung und damit eine allgemeine Versteuerung von Erträgen aus Kapitalanlagen, welche die gesetzlich vorgegebenen Grenzen überschreiten.

**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007
in Oschatz**

Antrag: G3 - Rauchverbot statt Flickenteppich: für einen starken, bundeseinheitlichen Nichtraucherschutz.

Die Jusos Sachsen fordern bundeseinheitliche Regelungen beim Nichtraucherschutz und fordern die Regierungschefs der Bundesländer auf, erneut bundeseinheitliche Standards auszuhandeln. Kompromissfähige, einheitliche Regelungen beim Nichtraucherschutz schaffen Klarheit und sind besser als ein krebserregender Flickenteppich.

Die Jusos Sachsen fordern die sächsische Staatsregierung daher auf, sich für ein absolutes Rauchverbot in allen öffentlichen Einrichtungen einzusetzen.

**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 06.-07. Oktober 2007
in Oschatz**

Antrag: G4 - Weg mit falschen Vorurteilen – Blutspende für Homosexuelle erlauben !

Die Jusos Sachsen fordern die Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für eine Aufhebung der Eingruppierung von Homosexuellen als potenzielle RisikoträgerInnen nach dem Transfusionsgesetz einzusetzen, um ihnen somit die Möglichkeit zu geben, Blut spenden zu dürfen.